

Reform zwingt zum Handeln

GEMEINDERAT / *In Nunningen ist abzuklären, auf welche Weise mehr Schulraum geschaffen werden könnte.*

NUNNINGEN. Der Nunninger Gemeinderat beriet darüber, wie zum Thema neue Schulräumlichkeiten für die Oberstufenklassen weiter vorgegangen werden soll.

Mit einer Weisung habe der Kanton Solothurn alle Gemeinden verpflichtet, eine Vernehmlassung auszuarbeiten, erklärte Gemeindepräsident Kuno Gasser und setzte für den Meinungsbildungsprozess über die Schaffung zusätzlicher Schulräumlichkeiten den Termin auf Mitte dieses Jahres fest; dies auch im Hinblick auf die kommenden Neuwahlen.

Die jetzigen Amtsträger wüssten umfassend Bescheid über dieses Thema und müssten sich nicht mühsam von Grund auf einarbeiten, so die Begründung. Die Aufgabe könnte deshalb zum heutigen Zeitpunkt am effizientesten angegangen werden, meinte Kuno Gasser.

Gemeinderat Dieter Stebler orientierte seine Amtskollegen über die jetzige Situation. Im Zuge der Schulreform strebe der Kanton Solothurn den Zusammenzug der Schuloberstufen zu zentralen Punkten an. Ein erster Eindruck und Informationen über das Schulsystem seien in Breitenbach gesammelt worden. Wobei weiterhin unklar sei, ob die Schule in drei oder vier Oberstufen gegliedert würde.

Je nach Variante und Regelungen würden in Nunningen zehn bis 20 weitere Schulzimmer benötigt, die heute nicht zur Verfügung stünden. Unabhängig vom Standort der Oberschule wurden im Gemeinderat am Rande das Wachstumspotential der Gemeinde und die Bevölkerungsentwicklung

anhand ausgewiesener Statistiken angesprochen. Gemeindepräsident Kuno Gasser zeigte sich zuversichtlich, was die Schaffung einer einzigen Kreisschule im Gebirge anbetrifft. Die Verhältnisse seien nicht allzu kompliziert.

Standort Oberschule: March oder Nunningen

Über den Standort der Oberschule – in der March oder in Nunningen – könne man sich zusammenraufen. Er denke, dass dieses Thema an einer der nächsten Ammännerkonferenzen und regionalen Schulkommissionsitzungen auf der Traktandenliste stehen werde. Vorabklärungen über die Schulraummöglichkeiten müssten deshalb unverzüglich getroffen werden. Einen Überblick über Planungskosten und Gestehungspreise der einzelnen Lösungsvarianten benötige der Gemeinderat ohnehin, um vor die Gemeindeversammlung treten zu können.

Im Gemeinderat herrschte Einigkeit darüber, diese Aufgabe an die örtliche Schulkommission weiterzuleiten. Diese haben nun den Auftrag, sich über Aus- oder Anbaumöglichkeiten oder gegebenenfalls gar über Neubaumassnahmen Gedanken zu machen und Anforderungen zu formulieren.

Weiter soll die Schulkommission die Evaluationskosten sowie die Machbarkeit eventueller Vorhaben bei Architekten im Vorfeld innert weniger Wochen abklären, damit ein klares Bild über Planungskosten entstehe und ein Realisierungsentscheid abgewägt werden könne. (fha)